

Titel der Drucksache:

Zeit für Sicherheit

Drucksache

1818/23

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt	31.08.2023	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	27.09.2023	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01

Der Stadtrat unterstützt die Einrichtung von Videoüberwachungsmaßnahmen als Teil der Verbrechensprävention und Strafaufklärung an kriminogenen Orten wie dem Anger. Die dazu notwendigen Mittel werden ab dem Haushalt 2024 bereitgestellt.

02

Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die Bürger, unter Hinzuziehung relevanter Akteure wie der Polizei, vor Beginn der Installation von Videotechnik umfassend über deren Sinn und Zweck informiert werden.

16.08.2023, gez. i. A. 

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja → ↓	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2023	2024	2025	2026
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Die Stadt Erfurt hat nach umfassender Prüfung die Möglichkeit, eine kommunale Videoüberwachung einzurichten. Aus Sicht der CDU-Fraktion kommen dafür insbesondere die von der Polizei festgestellten kriminogenen Orte in Frage. Diese Orte sind besonders von Kriminalität belastet. Daher muss die Stadt ihrem Auftrag der Kriminalprävention hier in besonderer Weise gerecht werden. Für das Sicherheitsgefühl der Menschen sowie zur Strafverfolgung und Strafprävention kann die kommunale Videoüberwachung einen entscheidenden Beitrag leisten.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf rechtliche Vorbereitung von Videoüberwachungsmaßnahmen an kriminogenen Orten wurde im Rahmen des Doppelhaushalts 2022/2023 auch mit der Stimme des Oberbürgermeisters im Stadtrat abgelehnt. Inzwischen hat der Oberbürgermeister seine Meinung dazu geändert. Mit der Unterstützung des Stadtrats und einer Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger können die Maßnahmen das subjektive Sicherheitsgefühl stärken als auch dabei helfen, für mehr objektive Sicherheit sorgen.